

# CORONA

Die Bekämpfung der Corona-Pandemie hat die vergangenen Jahre geprägt. Die Städte hatten und haben eine Herkulesaufgabe zu meistern. Dies oft ohne zu wissen, welche neuen Ergebnisse und Regelungen in den nächsten Tagen und Monaten bestehen werden. Es mussten in allen Bereichen des öffentlichen Lebens in sehr kurzer Folge unter ständig veränderten Rahmenbedingungen Maßnahmen umgesetzt und dabei aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse beachtet werden. Teilweise lagen zwischen der Verkündung der neuen Regelungen und deren Inkrafttreten nur wenige Stunden. Aus dem Nichts haben die Städte zudem mit der Errichtung der Impfzentren ein staatliches Impfangebot sowohl für die Städte als auch für ihr Umland aufgebaut und damit die Impfkampagne des Bundes und Landes überhaupt erst ermöglicht. Ein weiterer Fokus lag durchgängig auf der Gewährleistung eines sicheren Schul- und Kitabetriebs. Die Städte haben damit einen großen Beitrag geleistet, dass diese Krise bisher gut bewältigt wurde. Dies gelang vor allem, weil Familien, Kinder und junge Menschen immer mit im Fokus standen und die Städte versucht haben – oft unter Aufbietung aller finanziellen und rechtlichen Möglichkeiten – Wirtschaft und Handel, Kultur, Sport und Vereinswesen nicht kollabieren zu lassen.

Allerdings darf die Pandemie angesichts der dramatischen Situation in der Ukraine und der dadurch verursachten Energiekrise nicht in Vergessenheit geraten. Ihre Eindämmung ist nach wie vor eine der wichtigsten Aufgaben. Da unbekannt ist, wie sich die Situation noch verändern wird, begrüßt der Städtetag ausdrücklich die Entscheidung des Landes, die Impfzentren im Jahr 2022 durchgängig geöffnet zu lassen. Es hätte nicht der Fehler wiederholt werden dürfen, dass die Impfzentren nach einer kurzen Schließphase in einer Hauruck-Aktion wieder hätten öffnen müssen. Dass die kostenlosen Bürgertests im Sommer 2022 weitgehend abgeschafft wurden, sehen wir als Fehler an. Es ist zu erwarten, dass im Herbst wieder verstärkt kostenlose Bürgertests benötigt werden. Daher wird sich der Städtetag weiterhin für ein kostenloses Testangebot einsetzen.

Ab dem Jahr 2023 soll das staatliche Impfangebot dauerhaft in den öffentlichen Gesundheitsdienst überführt und somit von den Gesundheitsämtern bewältigt werden. Um weiterhin ein gut erreichbares, staatliches Impfangebot anbieten zu können, sind zukünftig Kooperationen zwischen den Gesundheitsämtern und den Städten nötig. Daher gilt es, im zweiten Halbjahr 2022 die Zeit zu nutzen und Vorkehrungen für einen geordneten und bruchlosen Übergang des städtischen Impfangebots auf die Gesundheitsämter zu treffen.